

INHALT

28. *Information über die Anmeldung von Bedarfszuweisungswünschen*
29. *Der Verwaltungsgerichtshof sichert die Rechte der Gemeinde am Gemeindegut*

Verbraucherpreisindex für Juni 2008 (vorläufiges Ergebnis)

28.

Information über die Anmeldung von Bedarfszuweisungswünschen

1. Anträge

Anträge auf Gewährung von Bedarfszuweisungen aus dem Gemeindeausgleichsfonds können nur Gemeinden und Gemeindeverbände stellen.

Die Bedarfszuweisungen sind im Portal Tirol in der Gemeindeanwendung zu beantragen. Als Grundlage eines Bedarfszuweisungsantrages hat die Gemeinde ein Vorhaben anzulegen. Zu erfassen sind auch die geplanten Vorhaben der nächsten drei Jahre. Dies gilt auch dann, wenn im Finanzierungsplan die Inanspruchnahme von Mitteln des Gemeindeausgleichsfonds nicht vorgesehen ist. Bei den für die kommenden Jahre geplanten Vorhaben sind jedenfalls die Bezeichnung, die Priorität, die voraussichtlichen Kosten und der geplante Ausführungszeitraum anzugeben. Wird das Vorhaben konkreter oder wird nachfolgend ein Bedarfszuweisungsantrag gestellt, sind die Angaben zu aktualisieren und es ist im Bereich Haushalt der Finanzierungsplan zu erfassen.

Als Nachfolger zu einem Vorhaben kann ein Bedarfszuweisungsantrag (BDZW Antrag, Feuerwehr BDZW Antrag) angelegt werden. Dabei werden die im Vorhaben bereits erfassten Daten des Allgemeinen und Haushaltsteils automatisch übernommen. Die Felder im Bereich Kennzahlen werden mit den letzt aktuellen Daten automatisch befüllt. Die Angaben im Kennzahlenbereich sind auf Aktualität zu überprüfen. Im Bedarfszuweisungsantrag ist im Bereich Zuschüsse der von der Gemeinde beantragte Bedarfszuweisungsbetrag anzugeben. Bei Vorhaben deren Ausführung sich über mehrere Jahre erstreckt, sind die Zuschüsse für den gesamten Zeitraum (alle Jahre) zu erfassen. Bei mehrjäh-

rigen Zusagen ist eine jährlich neue Antragstellung nicht notwendig.

Bedarfszuweisungsanträge sollen nur für jene Vorhaben gestellt werden, deren Umsetzung auch tatsächlich im nächsten Jahr realistisch erscheint. Die Anzahl der eingebrachten Anträge hat keinen Einfluss auf die Höhe der Bedarfszuweisungszusage, da die Gelder des Gemeindeausgleichsfonds überwiegend zur Finanzierung eines Investitionsschwerpunktes innerhalb der Gemeinde herangezogen werden.

Beim Vorhaben/Antrag sind im Feld Beschreibung eine kurze Darstellung (Begründung) der Notwendigkeit des Vorhabens und allenfalls Gemeindeübergreifende oder regionale Auswirkungen des Vorhabens anzugeben. Nähere Erläuterungen, wie Kostenvoranschläge, Berechnungen über Folgekosten, Raum- und Funktionsprogramme, die auch eine sinnvolle Mehrfachnutzung erkennen lassen, können unter Mitteilungen angeschlossen werden.

Im Bereich Kennzahlen sind die örtlichen Abgabensätze, insbesondere die Hebesätze für die Grundsteuer A und B, der Erschließungsbeitragssatz und die Gebührensätze der einmaligen und laufenden Benützungsgebühren für Wasser und Kanal, anzugeben; werden zum Erschließungsbeitrag und/oder zu den Benützungsgebühren für Wasser und Kanal verlorene Zuschüsse gewährt, sind diese offen zu legen. Außerdem ist nachvollziehbar darzustellen, ob und inwieweit die Gemeinde ihre Aufgaben in der örtlichen Raumordnung, namentlich in Bezug auf das örtliche Raumordnungskonzept und den Flächenwidmungsplan, in der

Vorhaltung der Infrastrukturen für die Versorgung mit Wasser, für die Entsorgung von Abwasser und Abfällen, für Kinderbetreuung und Schule, für den Verkehr, für die Bestattung der Toten und dergleichen, nachgekommen ist.

Die Bedarfszuweisungsanträge sind, wie im Arbeitsablauf (Workflow) vorgesehen, über den Bürgermeister an die zuständige Bezirkshauptmannschaft weiterzuleiten.

2. Antragsfristen

Anträge für das folgende Haushaltsjahr und spätere Haushaltsjahre sind

längstens bis 15. September

des laufenden Jahres einzubringen.

Anträge für das laufende Haushaltsjahr und nach dem 15. September für das folgende Haushaltsjahr dürfen ausnahmsweise nur dann gestellt werden, wenn der finanzielle Engpass durch ein Ereignis ausgelöst wurde, welches trotz gehöriger Sorgfalt nicht vorhergesehen oder abgewendet werden konnte.

Die Anträge in der Gemeindeanwendung sind jedenfalls vor Beginn der Ausführung des Vorhabens einzubringen.

3. Prüfung der Anträge

Die Prüfung der Anträge obliegt der Bezirkshauptmannschaft im Einvernehmen mit der Abteilung Gemeindeangelegenheiten.

Es ist besonders zu prüfen, ob und inwieweit für die Finanzierung des Vorhabens eine Deckung aus dem ordentlichen Haushalt, eine Entnahme von Rücklagen, eine Fremdfinanzierung durch Kredit oder Leasing, ein verlorener Zuschuss von dritter Seite und dergleichen in Frage kommt. Bei der Prüfung der Dringlichkeit ist erforderlichenfalls eine Reihung vergleichbarer Vorhaben im Bezirk vorzunehmen. Dabei ist nach objektiven und nachvollziehbaren Maßstäben vorzugehen. Bei der Prüfung der Bedürftigkeit ist in erster Linie von der möglichen Finanzausstattung bei Ausschöpfung aller zumutbaren Einnahmequellen auszugehen.

Die Gemeinden/Gemeindeverbände sind verpflichtet, einschlägige Fragen der Bezirkshauptmannschaft bzw. der Abteilung Gemeindeangelegenheiten unverzüglich zu beantworten.

4. Zusicherung, Entscheidung, Auszahlung

Der Gemeindeferent sichert der Gemeinde/dem Gemeindeverband die Bedarfszuweisungen schriftlich zu. In der Zusicherung werden die Gemeinde/der Gemeindeverband, das Haushaltsjahr, der Zweck und die

Höhe der Bedarfszuweisung bestimmt. In die Zusicherung werden allenfalls erforderliche aufschiebende oder auflösende Bedingungen aufgenommen. Die Zusicherung kann aus wichtigen Gründen widerrufen werden.

Die Zusicherung stellt in ihrer rechtlichen Qualität eine Verwendungszusage dar, die die Gemeinde/den Gemeindeverband in die Lage versetzen soll, mit der weiteren Planung des Vorhabens fort zu fahren bzw. mit der Ausführung des Vorhabens zu beginnen. Für die Finanzplanung des Gemeindeausgleichsfonds ist es erforderlich, dass schriftliche Zusagen unverzüglich in der Gemeindeanwendung erfasst werden.

Zeitverzögerungen bei der Abwicklung von Vorhaben, welche die Auszahlung einer zugesagten Bedarfszuweisung um ein bzw. mehrere Jahre verschieben, müssen der Bezirkshauptmannschaft umgehend bekannt gegeben werden. Eine „automatische“ Übertragung der zugesagten Förderung ist nicht möglich; im Fall einer Übertragung ist auf für das folgende Jahr allenfalls schon vorhandene Zusicherungen, eine nach Gemeinden/Gemeindeverbänden und Bezirken ausgewogene Verteilung der begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel und die nachhaltige Sicherung der Liquidität des Gemeindeausgleichsfonds entsprechend Bedacht zu nehmen. Verschiebt sich der Beginn des Vorhabens und damit die Auszahlung der Bedarfszuweisung um mehr als drei Jahre ist die schriftliche Zusage des Gemeindeferenten hinfällig und müssen die Förderungen aus dem Gemeindeausgleichsfonds neu verhandelt und zugesagt werden.

Wurde mit der Ausführung des Vorhabens begonnen, kann die Gemeinde/der Gemeindeverband einen Auszahlungsantrag stellen. Im Auszahlungsantrag sind die im Haushaltsteil angegebenen Kosten und die Finanzierung gegebenenfalls zu aktualisieren. Außerdem ist im Bereich Mitteilungen ein Nachweis über den bereits entstandenen bzw. unmittelbar bevorstehenden Aufwand (Rechnungen, Zahlungsnachweise, Auszüge aus der Buchhaltung oder ähnliches) anzuschließen. Der Auszahlungsantrag ist an die Bezirkshauptmannschaft weiterzuleiten.

Die zuständige Bezirkshauptmannschaft prüft den Antrag und fordert nach Maßgabe der Dringlichkeit und Bedürftigkeit und nach Maßgabe der vorhandenen Mittel die vom Gemeindeferenten zugesicherten Bedarfszuweisungen bei der Abteilung Gemeindeangelegenheiten an. Die Abteilung Gemeindeangelegenheiten erstellt im Einvernehmen mit dem Gemeindeferenten den Regierungsantrag über die Gewährung der Bedarfs-

zuweisungen aus dem Gemeindeausgleichsfonds. Über die Gewährung der Bedarfszuweisungen entscheidet die Landesregierung in kollegialer Beschlussfassung. Die Abteilung Gemeindeangelegenheiten zahlt die mit Regierungsbeschluss gewährten Bedarfszuweisungen direkt an die Gemeinde/den Gemeindeverband aus.

Eine vorschussweise Auszahlung von Bedarfszuweisungen ist nur im Fall äußerster Dringlichkeit und Bedürftigkeit, namentlich in Katastrophenfällen, möglich. Die Entscheidung über die Gewährung eines Vorschusses ist dem Gemeindereferenten vorbehalten.

Die bestimmungsgemäße Verwendung der Bedarfszuweisungen ist von der für die Wahrnehmung der Ge-

meindeaufsicht zuständigen Aufsichtsbehörde zu überprüfen.

5. Fragen

Bei Fragen zur Handhabung der Portalanwendung stehen die Mitarbeiter der Gemeindereferate der Bezirkshauptmannschaften oder die Mitarbeiter der Abteilung Gemeindeangelegenheiten beim Amt der Tiroler Landesregierung zur Verfügung. Nähere Erläuterungen zur Handhabung der Portalanwendung finden sich in der Anwendung und als Download in der Wissensdatenbank (WIKI) unter Gemeindeanwendung -> Schulungsunterlagen -> Bedarfszuweisungen - Anleitung.

Innsbruck, im Juli 2008

29.

Verwaltungsgerichtshof sichert die Rechte der Gemeinden am Gemeindegut

Der Verfassungsgerichtshof hat sich in seinem Erkenntnis vom 11. Juni 2008, Zahl B 464/07, mit dem Gemeindegut im Spannungsfeld zwischen der Gemeinde und einer in den Sechziger Jahren gebildeten Gemeindegut-Agrargemeinschaft eingehend auseinandergesetzt.

Der Verfassungsgerichtshof hat damit die Rechte der Gemeinde an einem solchen Gemeindegut ins rechte Licht gerückt. Nun gilt es, die in diesem Erkenntnis zum Ausdruck gebrachten Überlegungen umzusetzen und die Rechte der Gemeinde am Gemeindegut nachhaltig zu sichern.

Der Verfassungsgerichtshof hat in seinem Erkenntnis ausgesprochen, dass die Beschwerde führende Gemeinde durch den Bescheid des Landesagrarsenates beim Amt der Tiroler Landesregierung vom 8. Februar 2007, Zahl LAS-889/6-06, in den verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechten auf Unversehrtheit des Eigentums und auf Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz verletzt worden ist und den Bescheid aufgehoben.

In den Entscheidungsgründen hat der Verfassungsgerichtshof ausgeführt:

I. Die Agrarbehörde erster Instanz beim Amt der Tiroler Landesregierung erließ am 9. November 2006 über Anträge der Beschwerde führenden Gemeinde M. in Bezug auf das als Agrargemeinschaft regulierte Gemeindegut (als dessen Eigentümer anstelle der Gemeinde im Zuge der seinerzeitigen Regulierung die Agrargemeinschaft M. verbüchert worden war, vgl. VfSlg. 17.779/2006) folgenden Bescheid :

„I.

Dem Antrag vom 12. Oktober 2006 wird Folge gegeben und die Agrargemeinschaft M. wird verpflichtet, einen Betrag von € 230.000,- (Euro zweihundertdreißigtausend) binnen zwei Wochen ab Rechtskraft dieses Bescheides an die Gemeinde M. bei sonstigem Zwang zu bezahlen.

II.

a) Der Antrag der Gemeinde M. auf Neuregulierung vom 8. Juni 2005 wird zurückgewiesen.

b) Der Regulierungsplan für das Gemeindegut der Gemeinde M. vom 9. Jänner 1963, Zl. IIIb1-1971/19, in der Fassung vom 31. Oktober 1967, Zl. IIIb1-774/63, mit Änderung vom 30. Jänner 1973, Zl. IIIb1-255/73 und vom 25. Juni 2004, Zl. AgrB-R 741/333-2004, wird im Spruchpunkt A/Haupturkunde, II ‚Nutzungen und Ertrag‘ i. V. m. III ‚Anteilsberechtigte‘, lit. A, der Haupturkunde vom 9. Jänner 1963 in amtswegiger Änderung durch nachfolgende Bestimmungen ergänzt:

‚Weitere Substanzerträge, Substanznutzungen

Erträge (Überschüsse) aus bereits vorhandenen oder neuen Vorhaben (wirtschaftlichen Betätigungen) der Agrargemeinschaft, die nicht Holz- und Weidewirtschaft darstellen, stehen der Gemeinde M. zu. Investitionen in solche Vorhaben, soweit sie über den laufenden Erhaltungsaufwand bereits vorhandener Vorhaben hinausgehen, bedürfen der Zustimmung der Gemeinde M.

Gleichermaßen stehen Erträge aus Grundverkäufen, Dienstbarkeits- und Baurechtsbegründungen, Schotter- oder Steinverkäufen und dergleichen aus dem

Agrargemeinschaftsgebiet der Gemeinde M. zu. Die Veräußerung von Grundstücken und Baurechtsbegründungen bedarf der Zustimmung durch die Gemeinde M.

Soweit Substanznutzungen der Gemeinde M. von dieser nicht selber beansprucht werden (z. B. durch Grundinanspruchnahmen), sind der Gemeinde M. gehörige Erträge (Überschüsse) von der Agrargemeinschaft jährlich zur Verfügung zu stellen.

Die Agrargemeinschaft hat der Gemeinde M. für die Errichtung von infrastrukturellen Vorhaben und von Anlagen, an deren Errichtung ein öffentliches Interesse besteht oder der Verwirklichung von Zielen der örtlichen Raumordnung dient, Grundflächen zur Verfügung zu stellen.

In allen vorstehenden Fällen von Substanznutzungen steht der Agrargemeinschaft eine Entschädigung für den konkreten Ertragsausfall an Holz- und/oder Weidenutzung zu (der dafür zu veranschlagende Anteil an den Einnahmen):“

1. Die Behörde legt dar, dass der im Streit aus dem Mitgliedschaftsverhältnis geforderte Betrag nur ein untergeordneter Teil der nicht der Wald- und Weidenutzung zuzurechnenden Erträge der letzten Jahre sei und im vollen Umfang aus der vorhandenen Rücklage der Agrargemeinschaft entnommen werden könne. Ausgehend von der Feststellung des Regulierungsplans, es handle sich um Gemeindegut und dieses stehe im Eigentum der Agrargemeinschaft, führt die Behörde sodann aus :

„Gerade diese beiden Festlegungen im Regulierungsplan zeigen aber, nach Auffassung der Agrarbehörde, deutlich, dass im Zuge von Regulierungsverfahren über das Gemeindegut der politischen Gemeinden – rechtlich gesehen – in der Landesvollziehung agrargemeinschaftliche ‚Sondergebilde‘ geschaffen wurden. Den Regulierungsurkunden zum Gemeindegut kann nicht (gegen das Gesetz und gegen die Verfassung) eine Bedeutung und jener Inhalt unterlegt werden, dass Aufgabe und Inhalt der Gemeindegutsregulierung gewesen wäre, Gemeindegut nach den Regelungen der Bodenreform rechtlich zu beenden und zu vernichten. Das Gegenteil ist der Fall, das Vorliegen von Gemeindegut war rechtliche Voraussetzung, dass an diesem Gemeindegut die alten öffentlich-rechtlichen Rechtsbeziehungen und Nutzungsverhältnisse in einem Regulierungsplan der Agrarbehörde festgeschrieben werden konnten, lediglich die Verwaltung und Bewirtschaftung des Gemeindegutes sollte durch Regulierung mehr geordnet und gesichert werden. Damit ist aber die rechtliche Qualifikation als Gemeindegut keineswegs untergegangen! Dies war den leitenden Beamten in der Agrarbehörde und den an solchen Gemeindegutsagrargemeinschaften Beteiligten, vorrangig den jeweiligen Gemeinden, natürlich bewusst. Dies ergibt sich im Vergleich der verschiedenen

Aktenvorgänge zu Gemeindegutsregulierungen bei der Agrarbehörde. Nur beispielhaft sei darauf hingewiesen, wie etwa im agrarbehördlichen Regulierungsverfahren zu 702 R in einer agrarbehördlichen Verhandlung am 11. November 1958 zur Regulierung eines Gemeindegutes, dass damals der Agrarbehördenleiter laut Verhandlungsniederschrift Auskunft erteilt hat, dass es in einem bestimmten dort relevanten Fall nicht um eine ‚Gemeinde-, sondern um eine reine Agrargemeinschafts- bzw. Interessentschaftsalpe‘ handle. Auch von Agrarbehördenseite war man sich also bewusst, dass ein qualifizierter Unterschied zwischen Gemeindegutsagrargemeinschaften zu sonstigen typischen (arg. ‚reine‘ Agrargemeinschaften) Agrargemeinschaften besteht.

In diesem Zusammenhang sei noch darauf hingewiesen, dass der VfGH im Flurverfassungsgrundsatzgesetz des Bundes ‚das Gemeindegut‘, wegen undifferenzierter Einbeziehung im Vergleich zu anderen agrargemeinschaftlichen Grundstücken, d. h. im Vergleich zu den anderen typischen bodenreformatorischen Agrargemeinschaften, als verfassungswidrig erkannt hat; der VfGH hat das Gemeindegut im FGG mit seiner Entscheidung VfSlg 9336/1982 behoben. Der Bundesgrundsatzgesetzgeber ist bisher nicht neuerlich tätig geworden und um so das Gemeindegut, etwa durch eine Novelle zum FGG, in veränderter Form wieder vom Grundsatz her – also bodenreformatorisch – regulierbar zu machen. Auch daraus leitet sich ab, dass Gemeindegutsagrargemeinschaften (ungeachtet der landesgesetzlichen Novelle zum TFLG im Jahr 1984) mehr als landesrechtliche Sondergebilde zu verstehen sind.

Die Zuordnung des Eigentums am Gemeindegut an die Agrargemeinschaft als Regulierungsmaßnahme – noch im Gesetzesprüfungsverfahren VfSlg 9336/1982 wurde durch die Tiroler Landesregierung die Auffassung vertreten, eine Gesetzesprüfung sei nicht notwendig, weil nach der gesetzlichen Bestimmung im TFLG (§ 38 Abs. 1 TFLG) die Feststellung des Eigentums an agrargemeinschaftlichen Grundstücken im Regulierungsverfahren, ohnehin nie eine Eigentumsänderung bewirken könne (vgl. in diesem VfGH-Erkenntnis im RIS, S 13, oben 2. Absatz) – erfolgte ohnehin als ‚nudum ius‘, als nacktes Recht, weil der Regulierungsplan für Gemeindegut regelmäßig nur die damals (allein zulässige!) agrargemeinschaftliche Wald- und Weidenutzung fest schrieb. Mehr Recht sollte und wurde auch durch die Zuordnung von Eigentum an die Agrargemeinschaft als Regulierungsmaßnahme der Agrarbehörde nicht vermittelt (vgl. dazu auch die rechtliche Abhandlung des Agrarbehördenleiters in der Veröffentlichung ‚Probleme der Regulierung des Gemeindegutes‘ im Tiroler Bauernkalender 1966, Seiten 251 ff). Hohe Substanznutzungen sind erst lange nach der Regulierung der

Holz- und Weidenutzung am Gemeindegut hervor gekommen. Ausschließlich damit, mit der gemeinschaftlichen Holz- und Weidenutzung, haben sich das Regulierungsverfahren und der Regulierungsplan M. befasst!

Diese Tatsache spiegelt sich ebenso in allen agrarbehördlichen Regulierungsakten wider, wenn es um die Regulierung von Gemeindegut ging. Die Gemeindegutsregulierungen sind aktenkundig (dies kann in den Gemeindegutsregulierungsakten bei der Agrarbehörde so nachgelesen werden) regelmäßig deshalb erfolgt, weil Nutzungsberechtigte bei der Agrarbehörde Beschwerde führten, dass die jeweilige Gemeinde als Verwalterin des Gemeindegutes mit dem Holz aus dem Gemeindegut, nach Meinung der Beschwerdeführer bei der Agrarbehörde, nicht richtig umgegangen war, sei es, dass andere als angeblich Nutzungsberechtigte am Gemeindegut von der Gemeinde Holz bekommen hatten, sei es, dass die Gemeinde selber für sich zu viel Holz entnommen und veräußert hatte, sei es, dass die Gemeinde neu errichtete Objekte in der Gemeinde als berechtigt ansah und dafür Holz abgegeben hatte u. a. m. Es ging also nur um Streitigkeiten bei der Holz- und Weidenutzung am Gemeindegut. Diese Fragen und diese Streitigkeiten wurden durch die Gemeindegutsregulierungen einer Lösung zugeführt. In den Regulierungsverfahren wurden die Nutzungsberechtigten für Holz- und Weidenutzung am Gemeindegut – in seltenen Fällen auch die Jagdnutzung, weil die Jagd fallweise auch als agrargemeinschaftliche Bewirtschaftung von Feld und Wald gesehen wurde – und der Umfang der Nutzungen und die Ausübungsmodalitäten festgestellt und die Überwachung und Einhaltung der Gemeinschaftsregeln bzw. der Gemeinschaftsbewirtschaftung für Holz und Weide für das Gemeindegut einer Agrargemeinschaft zugeordnet.

Keine Rede ist in den Regulierungsakten davon, dass die Verwendung von Flächen des Gemeindegutes für einen regelmäßigen Grundstücksverkauf als Bauland, für den Abschluss von Baurechtsverträgen zur Betriebsansiedlung im Gewerbegebiet, für die Errichtung und Verpachtung gewerblicher Betriebe, für die Verpachtung von Gemeindegutsflächen für Schiabfahrten, wie zur Errichtung von Campingplätzen, Gastronomiebetrieben, Golfplätzen, Tankstellen u. a. m. verwendet und damit reguliert hätten werden müssen und somit für diese Zwecke der jeweiligen politischen Gemeinde auch deren Eigentum am Gemeindegut und damit weitere daraus fließende Substanzwerte – als jene für die Holz- und Weidewirtschaft am Gemeindegut – im Regulierungswege zu entziehen gewesen wären. Für solche Zwecke das Gemeindegut zu verwenden, dies war natürlich nicht – weder nach Gesetz noch nach dem Inhalt der Regulierungsakten! – Grundlage, also Anlass und Zweck der Gemeindegutsregulierungen bei der Agrarbehörde.

Heute der Zuordnung des Eigentums am Gemeindegut an Agrargemeinschaften eine andere Deutung, als

die Zuordnung als nacktes Recht und nur für agrargemeinschaftliche Holz- und Weidenutzung, wie dies der Regulierungsplan ausdrückt, zu geben, würde einerseits der historischen Wahrheit (der damals durch die Behörde formulierten Argumentation, siehe auch die Veröffentlichung ‚Probleme der Regulierung des Gemeindegutes‘ im Tiroler Bauernkalender 1966, Seiten 251 ff) in diesen häufig praktizierten Regulierungsmaßnahmen und andererseits jeder verfassungskonformen Auslegung der Gemeindegutsregulierungsurkunden widersprechen. Die Rechtsauffassung, die jeweilige politische Gemeinde habe historisch (als Realgemeinde) aufgrund des Waldzuweisungspatentes vom 6. Februar 1847 lediglich treuhänderisch Eigentum für die Nutzungsberechtigten erworben, diese Rechtsauffassung wurde nicht nur im grundlegenden Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes VfSlg. 9336/1982 verworfen. Schon viel früher hat nämlich der Verwaltungsgerichtshof in seiner Entscheidung VwSlg. Nr. 3560/1954, also im Jahr 1954, diese Treuhandtheorie am Gemeindegut ‚als Versuch einer juristischen Konstruktion bezeichnet, die im Gesetz keinerlei Deckung findet‘. Zur Zeit der Waldzuweisung im Jahr 1847 hat es die politische Gemeinde schon gegeben. Im Jahre 1811 ist das ABGB in Kraft getreten. Schon nach dem ABGB vom Jahr 1811 ist die Gemeinde in etwa zehn Fällen von rechtlichen Sonderregelungen im ABGB erfasst.

Unter Zugrundelegung der höchstgerichtlichen Judikatur und des bestehenden Gesetzes – und vor allem bei Berücksichtigung der Verfassungslage (siehe die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes, VfSlg. 9336/1982 und die darin zitierte Vorjudikatur) – kann eine verfassungstreue Auslegung der Regulierungsurkunde für die Agrargemeinschaft M. nur dazu führen, dass dieser Regulierungsplan lediglich eine Regulierung der öffentlich-rechtlichen Nutzungsordnung bei der Wald- und Weidenutzung auf dem Gemeindegutsgebiet der Gemeinde M. gebracht hat.

Eine verfassungskonforme Interpretation von Gesetz und Regulierungsplan kann nach Überzeugung der Agrarbehörde nur dazu führen, dass im Regulierungsplan für das Gemeindegut der Gemeinde M. vom 9. Jänner 1963 – über die Holz- und Weidewirtschaft hinaus – keinerlei Vermögensauseinandersetzung zwischen der politischen Gemeinde M. einerseits und der neu gegründeten Agrargemeinschaft M. andererseits erfolgt ist. An dieser Tatsache ändert auch der Umstand nichts, dass im Zuge dieser Regulierung – mit gleichzeitiger Feststellung im Regulierungsplan als Gemeindegut – das Eigentum am Gemeindegut der Agrargemeinschaft M. zugeordnet wurde. Der Regulierungsplan M. legt ausdrücklich fest, dass sich diese Behördenentscheidung auf die agrargemeinschaftliche Nutzung in Holz und Weide bezieht (vgl. Punkt II, ‚Nutzungen und Ertrag‘ der Haupturkunde vom 9. Jänner

1963). Die Zuregulierung des Eigentums am Gemeindegut an die Agrargemeinschaft M. konnte daher nur für diesen, im Regulierungsbescheid festgelegten Zweck erfolgt sein. Dies ist eine wichtige Besonderheit, die in den Regulierungsplänen zum Gemeindegut regelmäßig steckt. Als rechtliche ‚Besonderheit‘ unterscheiden sich Gemeindegutsagrargemeinschaftsgebilde eben von üblichen Agrargemeinschaften.

Im Gesetzesprüfungsverfahren vom Jahr 1982 hat der VfGH in seiner Grundsatzentscheidung zum Gemeindegut VfSlg. 9336/1982 zum Ausdruck gebracht, wonach eine undifferenzierte Einbeziehung des Gemeindegutes in Regulierungsverfahren gleich wie zur Regulierung üblicher anderer bodenreformatorischer Agrargemeinschaften, mit Verfassungswidrigkeit behaftet wäre. Mit anderen Worten heißt dies, dass Gemeindegutsagrargemeinschaften im Verhältnis zur Gemeinde – im Vergleich zu den üblichen bodenreformatorischen Agrargemeinschaften –, ‚differenziert‘ zu sehen sind. Im Ergebnis muss eine Gemeindegutsregulierung bzw. eine Gemeindegutsagrargemeinschaft – verfassungsrechtlich geboten – andere und zusätzliche Aspekte berücksichtigen, als dies bei anderen Regulierungen und anderen agrargemeinschaftlichen Einrichtungen der Fall ist! Wollte man dem Regulierungsplan für die Agrargemeinschaft M. eine Bedeutung beimessen, darin sei abschließend eine Vermögensauseinandersetzung zwischen der politischen Gemeinde und der Agrargemeinschaft M. dahin erfolgt, dass der politischen Gemeinde auch eine entsprechende ‚Abfindung‘ aus dem Titel der ihr zustehenden Substanznutzungen, für alle Zukunft hin als bereits hingegeben erachtet werden müsste (ungeachtet dessen, dass die Gemeinde davon nichts bekommen hat, eine Hauptteilung hat ja nicht stattgefunden!), so wäre der Regulierungsplan für die Agrargemeinschaft M. als öffentliche ‚Verfassungsurkunde‘ für eine öffentlich-rechtliche Körperschaft mit Verfassungswidrigkeit behaftet.

Bei richtigem Verständnis der Regulierungsergebnisse kann davon in M. tatsächlich wie rechtlich nicht die Rede sein. Eine solche Auslegung fände vielmehr auch im Wortlaut der Regulierungsurkunde M. keine Deckung. Eine Vermögensauseinandersetzung zwischen Gemeinde und Agrargemeinschaft könnte nur im Wege eines Hauptteilungsverfahrens erfolgt sein (vgl. §§ 44 ff TFLG 1996). Nach den Aktenunterlagen hat dies nie stattgefunden. Nur eine verfassungskonforme, d. h. verfassungstreue Interpretation des Regulierungsplanes führt zu dem Ergebnis, dass der politischen Gemeinde M. als Mitglied der Agrargemeinschaft der Zugriff auf den ihr (verfassungsmäßig und nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung zum Gemeindegut) garantierten Substanznutzen, soweit dieser über die typische Wald- und Weidenutzung hinausgeht, zukommen muss. An diesem rechtlichen Ergebnis hatte und

konnte das Regulierungsverfahren zum Gemeindegut M. für dieses Gemeindegut keine Änderung gebracht haben. Wer bei dieser Rechtslage bezüglich des Gemeindegutes ‚Eigentum muss Eigentum bleiben‘ fordert, der pickt sich eine Zeile aus dem Regulierungsplan heraus und stellt sich vor dem Regelungszusammenhang und einer Gesamtschau der Regelungen im Regulierungsplan M. ‚blind‘ und gibt dazu dem Regulierungsplan eine Interpretation, die zu einem eklatant verfassungswidrigen Regulierungsinhalt führte. Auf die VfGH-Judikatur wurde bereits verwiesen, wonach verfassungswidrige, d. h. grundrechtswidrige Bestimmungen nichtig sein würden.

Unter den aufgezeigten Gesichtspunkten erscheint das Begehren der Gemeinde M. als Mitglied der Agrargemeinschaft, unter Bedachtnahme auf die Finanz- und Vermögenslage der Agrargemeinschaft, daher gerechtfertigt. Der Gemeinde ist aus dem agrargemeinschaftlichen Vermögen ein Barbetrag von € 230.000,- binnen 14 Tagen ab Rechtskraft dieses Bescheides auszubezahlen. Dadurch wird, nach Auffassung der Agrarbehörde, die nachhaltige agrargemeinschaftliche Holz- und Weidewirtschaft der Agrargemeinschaft M. nicht in Gefahr gebracht.“

Zu Spruchpunkt II verweist die Behörde auf die Beschränkung des Antragsrechts auf die Agrargemeinschaft und begründet in Auseinandersetzung mit der Argumentation der Agrargemeinschaft die Notwendigkeit, den Regulierungsplan im Hinblick auf die Substanz des Gemeindegutes von Amts wegen klarstellend dahin abzuändern, dass deren Verwaltung und Bewirtschaftung durch die Agrargemeinschaft „lediglich quasi treuhänderisch“ erfolge.

Die Agrarbehörde erster Instanz ist als Abteilung in der Gruppe „Agrar“ des Amtes der Tiroler Landesregierung eingerichtet.

2. Mit dem angefochtenen Bescheid des Landesagrarsenates beim Amt der Tiroler Landesregierung vom 8. Februar 2007 wird der Berufung der Agrargemeinschaft M. Folge gegeben, der Antrag der Gemeinde (entgegen Spruchpunkt I. des erstinstanzlichen Bescheides) abgewiesen und die Änderung des Regulierungsplanes (Spruchpunkt II. b des erstinstanzlichen Bescheides) ersatzlos behoben, die Beschwerde führende Gemeinde auf diese Behebung verwiesen und deren Berufung im Übrigen als unbegründet abgewiesen.

Zwar stehe der von der Gemeinde geltend gemachte Anspruch (Spruchpunkt I.) in einem inneren Zusammenhang mit ihrer Mitgliedschaft an der Agrargemeinschaft, sodass über diesen Antrag meritorisch zu entscheiden sei (§ 37 Abs. 7 TFLG), doch sei die Prämisse des Anspruchs, der Gemeinde stehe der Substanzwert der Liegenschaften zu, unzutreffend:

„Auch wenn die Agrargemeinschaft M. Eigentümerin des früheren Gemeindegutes geworden ist, so gibt

es trotzdem keinen Anhaltspunkt dafür, dass ihr Eigentumsrecht nicht auch die Befugnis nach § 354 ABGB umfasst, sondern der Substanzwert der Gemeinde M. zusteht.

Die Rechte der Gemeinde M. als Mitglied der Agrargemeinschaft M. ergeben sich – wie für alle Mitglieder der Agrargemeinschaft – aus dem TFLG 1996 und aus dem Regulierungsplan vom 9. Jänner 1963 einschließlich von Abänderungen des Regulierungsplanes und einschließlich der Satzung. Dass alle Nutzungen und Erträge, die über die Holz- und Weidenutzung, die in der Haupturkunde des Regulierungsplanes als übliche, regelmäßig wiederkehrende Nutzungen festgestellt wurden, hinausgehen, der Gemeinde M. zustehen sollen, lässt sich nicht begründen. Für das von der Gemeinde M. geltend gemachte Recht auf den (aus der finanziellen Gebarung der Agrargemeinschaft M. resultierenden) Überling mangelt es an einer Rechtsgrundlage.“

Im Anteilsrecht der Gemeinde finde ihr Anspruch keine Deckung. Der Antrag auf Neuregulierung sei in Kenntnis seiner Unzulässigkeit gestellt worden; für den Landesagrarsenat bestehe kein Anlass, auf die in der Berufung geäußerten verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Regelung des Antragsrechts im § 69 Abs. 1 TFLG einzugehen. Da aber gar nicht die Abänderung des Regulierungsplanes, sondern eine Neuregulierung, also „die Abänderung von Bescheiden“ begehrt werde, „die im Regulierungsverfahren für das Gemeindegut ... rechtskräftig erlassen wurden“, liege der Grund für die Zurückweisung nicht in § 69 Abs. 1 TFLG, sondern in § 68 Abs. 1 AVG (entschiedene Sache).

Eine amtswegige Abänderung des Regulierungsplanes auf Grundlage des § 69 Abs. 1 TFLG biete

„... keinesfalls die rechtliche Möglichkeit und den rechtlichen Rahmen, die Anteilsrechte oder die damit verbundenen Nutzungsbefugnisse zu ändern, vor allem nicht zum Vorteil eines Mitgliedes und zum Nachteil der übrigen Mitglieder. Darin ist ein Verstoß gegen die Bestimmung des § 34 Abs. 4 TFLG 1996 zu erblicken, wonach die gemeinschaftlichen Nutzungen und Lasten nach dem Verhältnis der Anteile auszumessen sind.

In der Stellungnahme der Gemeinde M. vom 10. Jänner 2007 wird vorgebracht (S. 13), die amtswegige Abänderung des Regulierungsplanes sei nötig, um den Zweck des Gemeindegutes zu erreichen bzw. wiederherzustellen, einerseits die seit 1866 bestehenden Holzbezugs- und Weiderechte der eingeforsteten Gemeindegüter zu decken, andererseits aber vor allem darüber hinaus den Bedürfnissen der Gemeinde zu dienen. Diesem Vorbringen ist zu entgegen, dass die Gemeinde M. als Partei des Regulierungsverfahrens das Recht und die Möglichkeit gehabt hätte, den Regulierungsplan (oder den vorausgehenden Bescheid über das Verzeichnis der Anteilsrechte) mittels Berufung zu bekämpfen, um die Befriedigung ihrer rechtmäßigen Bedürfnisse, sollten

diese verletzt worden sein, durchzusetzen. Diese Gelegenheit wurde von der Gemeinde M. nicht wahrgenommen.“

Der Abänderung des Regulierungsplanes mangle es daher an einer tauglichen Rechtsgrundlage. Die ersatzlose Aufhebung beeinträchtigt keine Rechtsposition der Gemeinde.

Der Landesagrarsenat bestand neben den drei Richtern und einem landwirtschaftlichen Sachverständigen im Einklang mit dem Agrarbehördengesetz aus vier Beamten des Amtes der Tiroler Landesregierung, nämlich einem rechtskundigen Beamten als Vorsitzendem (aus der Gruppe „Umwelt und Verkehr“, Abteilung „Agrarsenat-Landesgrundverkehrskommission“), einem in Angelegenheiten der Bodenreform erfahrenen rechtskundigen Beamten als Berichterstatter (aus der Gruppe „Präsidium“, Abteilung „Justizariat“), einem in agrartechnischen Angelegenheiten erfahrenen Landesbeamten des höheren Dienstes (aus der Gruppe „Agrar“, Abteilung „Bodenordnung“) sowie einem in forstlichen Angelegenheiten erfahrenen Landesbeamten des höheren Dienstes (aus der Gruppe „Forst“, Abteilung „Forstplanung“).

3. Die gegen den Berufungsbescheid gerichtete Beschwerde der Gemeinde M. rügt die Verletzung der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter (wegen Zurückweisung des Antrages auf Neuregulierung wegen entschiedener Sache), und in der Sache die Verletzung des Gleichheitssatzes (Willkür) und die Anwendung rechtswidriger genereller Normen.

Den umfangreichen Beschwerdeausführungen tritt die Gegenschrift der belangten Behörde – „sehr kurz gehalten“, wie sie selbst betont – entgegen. Die mitbeteiligte Agrargemeinschaft M. unterstützt die Argumentation des angefochtenen Bescheides.

Die Beschwerde führende Gemeinde hat auf diese Äußerungen repliziert.

Der Verfassungsgerichtshof hat den Parteien des Verfahrens, der mitbeteiligten Agrargemeinschaft und dem Verfassungsdienst im Amt der Tiroler Landesregierung verschiedene Fragen gestellt, um die Folgen zu erörtern, die sich aus der Zuweisung des Eigentums von Gemeindegut an die Agrargemeinschaft ergeben, als deren Mitglieder nur Nutzungsberechtigte (und mit 10% die Gemeinde) festgestellt wurden. Auch dem Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst wurde Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Zu den abgegebenen Stellungnahmen und Antworten hat sich die Beschwerde führende Gemeinde jeweils geäußert.

II. Die Beschwerde ist zulässig.

A.

.....

B. Zu den Vorwürfen in der Sache:

Die Agrargemeinschaft M ist das Ergebnis der Regulierung des Gemeindegutes M. vom 17. August 1962. Das Regulierungsverfahren war mit Bescheid vom 6. Dezember 1961 für das Gemeindegut M. eingeleitet worden; das in den Regulierungsplan vom 9. Jänner 1963 übernommene Verzeichnis der Anteilsrechte hält eingangs fest, die näher umschriebenen Grundstücke stellen „als Gemeindegut der Gemeinde M. agrargemeinschaftliche Grundstücke im Sinn des § 36 Abs. 2 lit. d TFLG dar“, an denen „die Gemeinde M. als solche mit 137 Anteilen (das sind 10%)“ und die jeweiligen Eigentümer der im Folgenden einzeln angeführten Stammsitzliegenschaften anteilsberechtigt seien (wobei die Anteile nach dem Bezug von Nutz- und Brennholz bemessen sind); ferner heißt es im Regulierungsplan über die Bezugsmodalitäten:

„1. Die Weideaufübung auf den agrargemeinschaftlichen Grundstücken steht nach forstlicher Zulässigkeit sämtlichen eingeforsteten Objekten, einschließlich deren der Gemeinde M., mit dem überwinternten Vieh zu.

2. Im Rahmen ihrer Anteilsberechtigung ist die Gemeinde M. zur Schottergewinnung in den auf agrargemeinschaftlichem Boden liegenden Schottergruben zur Instandhaltung der Gemeindegewege berechtigt.

3. Auch den nicht eingeforsteten Gemeindegürgern der Gemeinde M. wird jeweils im 2. Jahr nach der Schlägerung der Bezug von Ast- und Klaubholz im Gemeinschaftswald zuerkannt, und zwar insoweit als dieses Holz nicht von den Schlägerungsberechtigten selbst aufgearbeitet wird.

4.“

Die belangte Behörde geht davon aus und bestätigt das in ihrer Stellungnahme zu den vom Verfassungsgerichtshof gestellten Fragen ausdrücklich, dass „durch die Regulierung ... die Eigenschaft der das Regulierungsgebiet bildenden Liegenschaft als Gemeindegut beseitigt (worden sei), weil Eigentum und Verfügungsgewalt auf die Agrargemeinschaft übergingen“, und hält der Beschwerde führenden Gemeinde und der Agrarbehörde entgegen:

„Das Ergebnis lässt sich mit der Feststellung als Gemeindegut im Regulierungsplan durchaus vereinbaren. Der Regulierungsplan enthält die Feststellung, dass die Grundstücke des Regulierungsgebietes als Gemeindegut agrargemeinschaftliche Grundstücke i. S. d. § 36 Abs. 2 lit. d TFLG darstellen, und die weitere Feststellung, dass das Regulierungsgebiet im Eigentum der Agrargemeinschaft M. steht. Die Feststellung als Gemeindegut ist vergangenheitsbezogen zu verstehen, weil die Eigenschaft als Gemeindegut Voraussetzung für die Einleitung und Durchführung des Regulierungsverfahrens war. Die weitere Feststellung ‚und steht im Eigentum der Agrargemeinschaft M.‘ war in die Zukunft gerichtet (und steht das Regulierungsgebiet zukünftig im

Eigentum der Agrargemeinschaft M.). Bei diesem Verständnis besteht zwischen dem ersten und zweiten Halbsatz bzw. den beiden Feststellungen kein Widerspruch. Die Zuständigkeit der Agrarbehörde zur zweiten Feststellung war im § 38 Abs. 1 TFLG begründet.

Die Absicht, an den Verhältnissen (abgesehen von der Regulierung) nichts zu ändern, lässt sich dem Regulierungsplan nicht entnehmen.“

Mit dieser Auslegung unterstellt die belangte Behörde – wie spätestens seit dem Erkenntnis VfSlg. 9336/1982 klar sein muss – den Regulierungsakten einen verfassungswidrigen, dem Grundrecht auf Unversehrtheit des Eigentums und auf Gleichheit vor dem Gesetz widersprechenden Inhalt.

1. Gemeindegut steht im Eigentum der Gemeinde, wird aber von allen oder bestimmten Gemeindegliedern aufgrund alter Übung unmittelbar für land- und forstwirtschaftliche Zwecke zur Deckung des Haus- und Gutsbedarfes von Stammsitzliegenschaften genutzt. Der über die Summe der Nutzungsrechte hinausgehende Substanzwert des Gemeindegutes, der je nach Art der Nutzung möglicherweise freilich erst bei Eingriff in die Substanz oder bei Teilungen zutage tritt, steht daher der Gemeinde zu (vgl. VfSlg. 9336/1982). Die Befugnis der Agrarbehörden zur Regelung der rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse am Gemeindegut (§ 36 Abs. 2 lit. d TFLG 1952, nunmehr § 33 Abs. 2 lit. c TFLG 1996) hätte sich folglich auf die Regulierung der Ausübung der land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsrechte beschränken müssen. Das ist im Hinblick auf die undifferenzierte Einbeziehung des Gemeindegutes in das System des Flurverfassungsrechtes nicht geschehen. Andererseits sah das Gesetz Eigentumsübertragungen als solche (abgesehen von Veräußerungen) nur im Zuge von Teilungen vor.

Wenn die Agrarbehörden in den Sechziger Jahren also das Eigentum am Gemeindegut auf die Agrargemeinschaft übertragen haben, war das durch das Vorbild der echten Agrargemeinschaften vielleicht nahe gelegt, im Blick auf das Ergebnis aber offenkundig verfassungswidrig. Ist dieser Akt jedoch – wie hier – rechtskräftig geworden, ist Gemeindegut entstanden, das nun atypischerweise im gemeinsamen Eigentum der Gemeinde und der Nutzungsberechtigten steht und als Agrargemeinschaft organisiert ist (vgl. VfSlg. 17.779/2006). Innerhalb der Agrargemeinschaft allerdings – einer Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 34 Abs. 2 TFLG) – wirft eine solche Konstruktion die Frage auf, wie der Anteil der Gemeinde im Verhältnis zu den Anteilen der Inhaber von Stammsitzliegenschaften zu bemessen ist. Der nach Abzug der Belastung durch die land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsrechte verbleibende Substanzwert ist nämlich keine feste Größe, sondern kann – wie schon in VfSlg. 9336/1982, S. 104 unten dargelegt – nach den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen

während des Bestandes der Agrargemeinschaft stark wechseln. Unter der zeitbedingt verständlichen Annahme, dass für die laufende Bewirtschaftung des Gemeindegutes nur land- und forstwirtschaftliche Nutzungen in Betracht kommen, tritt er überhaupt nicht in Erscheinung. Er wurde infolge dessen übersehen oder – wie die Erläuterungen zur Novelle 2007 formulieren – „vernachlässigt“. Der Anteil der Gemeinde als solcher wurde auch im vorliegenden Fall mit einem Prozentsatz festgestellt, der den damals tatsächlich in Anspruch genommenen Holznutzungen entsprach (wozu offenbar noch das den Gemeindebürgern nach dem Schlägerungsjahr verbliebene Ast- und Klaubholz kam), Nutzungen, die die Gemeinde freilich bis dahin nicht kraft Nutzungsrechts, sondern kraft Eigentumsrechts bezog.

Die für die Anteilsfeststellung maßgeblichen Größen können sich jedoch ändern und haben sich auch im Laufe der Zeit in dieser Hinsicht offenkundig geändert. Die Bedeutung nicht land- und forstwirtschaftlicher Nutzungen (zur Deckung des Haus- und Gutsbedarfes) hat offenkundig zugenommen. Es wäre aber unsachlich und einer ersatzlosen Enteignung gleichzuhalten, wenn aus dem formalen Übergang des Eigentums am Gemeindegut an die Agrargemeinschaft der – nach Inhalt des rechtskräftig gewordenen Bescheides nicht zwingende – Schluss gezogen würde, die Zuordnung des Substanzwertes an die Gemeinde sei damit als solche (auch materiell) für alle Zeiten beseitigt worden. Im Erkenntnis VfSlg. 9336/1982 ist der Verfassungsgerichtshof davon ausgegangen, dass die Ordnung der Verhältnisse an agrargemeinschaftlichen Grundstücken tendenziell dazu führt, dass die Gemeinde die Substanz des Gemeindegutes zur Gänze an die Nutzungsberechtigten verliert; er hat die Ursache für ein solches Ergebnis in der undifferenzierten Einbeziehung des Gemeindegutes gesehen und infolgedessen die solches herbeiführenden Normen aufgehoben. Diese Aufhebung hat aber nicht nur die weitere Verwandlung von Gemeindegut in Agrargemeinschaften der bloß Nutzungsberechtigten verhindert, sondern für bereits geschehene Verwandlungen, die freilich nicht mehr rückgängig zu machen sind, und daher jedenfalls der Kompetenz der Agrarbehörden unterworfen bleiben, die Lage insoweit geändert, als wesentliche Änderungen in den maßgeblichen Verhältnissen eine Änderung des Regulierungsplanes rechtfertigen und erfordern.

An sich sieht nämlich das Gesetz die Abänderung von Regulierungsplänen vor (§ 69 Abs. 1 TFLG). Die Beseitigung des Zwanges, das Ausmaß der Mitgliedschaft auch beim Gemeindegut ausschließlich an den Nutzungsrechten zu orientieren durch VfSlg. 9336/1982, erlaubt nunmehr die Berücksichtigung des Substanzwertes. Das ist auch verfassungsrechtlich geboten. Die das Gemeindegut repräsentierenden Agrargemeinschaften dürfen nach dem Erkenntnis VfSlg. 9336/1982 nicht

mehr ohne Bedachtnahme auf den Substanzwert geteilt werden, sofern er bei dieser Gelegenheit erstmals zutage tritt. Gegebenenfalls müssen schon vorher die Anteilsrechte angepasst werden. Andernfalls würde man die verfassungswidrige Behandlung von Gemeindegut weiter fortsetzen. Ob § 45 Abs. 2 TFLG in der Fassung der Novelle LGBL. 18/1984, der für die Hauptteilung solches vorsieht, diesem Gebot ausreichend Rechnung trägt, ist im vorliegenden Zusammenhang nicht zu prüfen.

Die belangte Behörde verneint allerdings das Recht der Beschwerde führenden Gemeinde auf eine solche Abänderung und sieht dafür auch keinen Anlass.

2. In der für das vorliegende Verfahren maßgeblichen Fassung des § 69 TFLG vor Inkrafttreten der Novelle LGBL. Nr. 13/2007 war die Abänderung von Regulierungsplänen nur auf Antrag der „Gemeinschaft“ oder von Amts wegen zulässig (Abs. 1 Satz 2). Erst die am 14. Dezember 2006 beschlossene und mit dem auf die Kundmachung am 20. Februar 2007 folgenden Tag in Kraft getretene Novelle hat diesen beiden (nunmehr in lit. a und c des Abs. 1 enthaltenen) Möglichkeiten in lit. b um das Antragsrecht einer Gemeinde als Mitglied einer Agrargemeinschaft, „die aus Gemeindegut hervorgegangen ist“, erweitert (wobei das Wort „Gemeinschaft“ durch „Agrargemeinschaft“ ersetzt wurde). Unter welchen Voraussetzungen eine solche Änderung des Regulierungsplanes in Betracht kommt, sagt das Gesetz nicht.

Der Verfassungsgerichtshof geht davon aus, dass eine Änderung nur dann, aber auch immer dann stattzufinden hat, wenn sich die erfolgte Regulierung für die Ausübung der land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsrechte als unzumutbar erweist oder die für die Nutzungsverhältnisse maßgeblich gewesenen Umstände geändert haben. Eine solche Änderung der Umstände kommt bei verfassungskonformer Auslegung der nunmehrigen Rechtslage in Betracht.

Gleichwohl kann der belangten Behörde die Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte der Beschwerde führenden Gemeinde nur vorgeworfen werden, wenn schon zum Zeitpunkt der Erlassung des angefochtenen Bescheides, d. h. vor Inkrafttreten der Novelle 2007 der Gemeinde ein Antragsrecht zur Abänderung des Regulierungsplanes einzuräumen war. Das ist im Hinblick auf das unter Pkt. 1. Gesagte der Fall.

Die Frage, ob die Gemeinde eine Abänderung der Regulierung (Neuregulierung) von Gemeindegut begehren kann, hat sich dem Gesetzgeber des TFLG infolge Vernachlässigung des Substanzwertes des Gemeindegutes nicht gestellt. Für ein im Eigentum der Gemeinde stehendes Gemeindegut kommt ohnedies nur die Regulierung der land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsrechte in Betracht; soweit der Gemeinde selbst solche Nutzungen verbleiben, durfte sie auch wie jeder andere Nutzungsberechtigte behandelt werden. Ob und unter welchen Umständen einzelne Nutzungsberechtigte

ganz allgemein von Verfassungen wegen die Möglichkeit haben müssen, eine Änderung des Regulierungsplanes zu erwirken, ist aus Anlass des vorliegenden Verfahrens nicht zu prüfen. Das Problem dieses Verfahrens ist vielmehr ausschließlich die im Gesetz nirgends näher bedachte Rechtslage, die durch die Feststellung des Eigentums einer Agrargemeinschaft am Gemeindegut geschaffen wurde. Das für das Gemeindegut wesentliche Substanzrecht der Gemeinde muss hier – entgegen dem ursprünglichen (gemeinderechtlichen) Konzept des Gemeindegutes, das sie als Eigentümerin vorsieht – als (möglicherweise im Ausmaß wechselnder) Anteil an der Agrargemeinschaft zur Geltung gebracht werden können. Die Notwendigkeit, der Gemeinde die Antragstellung für eine Neuregulierung zu eröffnen (worunter entgegen der Ansicht der Behörde auch eine bloß teilweise Änderung des Regulierungsplans fällt), folgt daraus, dass seit VfSlg. 9336/1982 das Gemeindegut nicht mehr wie ein sonstiges agrargemeinschaftliches Grundstück behandelt werden darf. Der auf diese Situation (verständlicherweise) nicht Bedacht nehmende Gesetzeswortlaut steht seither einer verfassungskonformen Auslegung nicht entgegen; die Novelle 2007 hat diesem verfassungsrechtlichen Gebot nur noch ausdrücklich Rechnung getragen.

Dass sich seit 1963 die für die Anteilsverhältnisse maßgeblichen Umstände geändert haben, ist angesichts der zahlreichen Veränderungen der Substanz und Ausweitung der Nutzungen seit dem Jahr 1984 (dem Jahr der Novellierung des Gesetzes im Gefolge des Erkenntnisses VfSlg. 9336/1982), wie sie im Bescheid 1. Instanz im einzelnen dargestellt sind, auch dann nicht zweifelhaft, wenn man unterstellt, dass Veräußerungen schon zur Zeit der Regulierung gelegentlich stattgefunden haben. Es wäre daher längst Aufgabe der Agrarbehörde gewesen, die Änderung der Verhältnisse von Amts wegen aufzugreifen.

Die langjährigen Erfahrungen mit den neuen Verhältnissen lassen auch eine realistische Bewertung durchaus zu. Im Zuge dessen wird auch zu prüfen sein, wie sich eine neue Anteilsfeststellung auf vorhandenes Vermögen der Agrargemeinschaft auswirkt.

3. Die belangte Behörde begegnet dem Vorhaben der Agrarbehörde erster Instanz, durch die Abänderung des Regulierungsplanes „den Zweck des Gemeindegutes zu erreichen bzw. wiederherzustellen“ mit dem Hinweis,

„..., dass die Gemeinde M. als Partei des Regulierungsverfahrens das Recht und die Möglichkeit gehabt hätte, den Regulierungsplan (oder den vorausgegangenen Bescheid über das Verzeichnis der Anteilsrechte) mittels Berufung zu bekämpfen, um die Befriedigung ihrer rechtmäßigen Bedürfnisse, sollten diese verletzt worden sein, durchzusetzen. Diese Gelegenheit wurde von der Gemeinde M. nicht wahrgenommen.“

In ihrer Stellungnahme zur Frage des Verfassungsge-

richtshofes, ob die Regulierung die Eigenschaft der Liegenschaften, Gemeindegut zu sein, beseitigt habe, will die belangte Behörde – der insoweit auch die Verfassungsdienste folgen – die Beseitigung dieser Eigenschaft daraus ableiten, dass die Eigentumsverhältnisse durch die Regulierung verändert wurden. Die rechtskräftig gewordene Eigentumsübertragung hat jedoch nur das Eigentum auf die Agrargemeinschaft übertragen, an der Eigenschaft des Gemeindegutes nichts verändern können und wollen und daher auch nichts verändert. Es war in keinem Verfahrensstadium davon die Rede, dass es sich etwa nicht um Gemeindegut gehandelt habe (war doch die Gemeinde, aber nicht die Summe von Nutzungsberechtigten als Eigentümerin im Grundbuch eingetragen) oder dass (rechtswidriger Weise) beabsichtigt sei, aus dem Gemeindegut eine reine Agrargemeinschaft zu machen (ist doch der Anteil von 10% der Gemeinde als solcher ausdrücklich eingeräumt worden); wie dem Verfassungsgerichtshof aus anderen Regulierungsfällen bekannt ist (z. B. VfSlg. 17.779/2006), wurde die Absicht, an den rechtlichen Verhältnissen (abgesehen von der Regulierung) etwas zu ändern, vielmehr ausdrücklich in Abrede gestellt. Die Einbeziehung des Gemeindegutes in die Ordnung der rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse an agrargemeinschaftlichen Grundstücken wurde einfach dahin verstanden, auch das Gemeindegut müsse als Agrargemeinschaft körperschaftlich eingerichtet und dieser Körperschaft das Eigentum zugeordnet werden, was durch die entsprechende „Feststellung“ geschehen ist. Sieht man von allfälligen anderen, rechtlich jedenfalls unwesentlichen Beweggründen ab, konnte die Wirkung nicht die Beseitigung der Eigenschaft als Gemeindegut, sondern nur der Verlust des Alleineigentums der Gemeinde und dessen Verwandlung in einen Anteil an der neu gebildeten Agrargemeinschaft sein, wobei sich der Anteil eben an den zum Zeitpunkt der Regulierung herrschenden tatsächlichen Verhältnissen bei gegebener Bewirtschaftung orientierte.

Auch die Annahme der Behörde, die Zuordnung des Substanzwertes von Gemeindegut an die Gemeinde habe erst aufgrund des Erkenntnisses VfSlg. 9336/1982 mit der Novelle LGBL Nr. 18/1984 in das TFLG Eingang gefunden – eine Annahme, der die Verfassungsdienste gleichfalls folgen – ist in dieser Schärfe unzutreffend. Aus dem Erkenntnis ergibt sich vielmehr im Gegenteil, dass der Substanzwert am Gemeindegut seit jeher der Gemeinde zugestanden ist (was in ihrem Alleineigentum zum Ausdruck kam) und nicht der geringste Anhaltspunkt bestand, dass die Gemeinden bewusst enteignet werden sollten, vielmehr lediglich unterlassen wurde, die wegen der Nutzungsrechte auch auf das Gemeindegut anwendbaren Vorschriften über die Teilung agrargemeinschaftlicher Grundstücke der Besonderheit des Gemeindegutes anzupassen, was tendenziell – nämlich bei einer die Eigenschaft des (agrar-

gemeinschaftlichen) Gemeindegutes tatsächlich beendenden Teilung – dazu führte, dass die Gemeinde die Substanz zur Gänze an die Nutzungsberechtigten verlor. Der Umstand, dass eine Regulierung der Sechziger Jahre das Eigentum am Gemeindegut der Agrargemeinschaft zugeordnet und der Gemeinde einen Anteil nur nach Maßgabe der Nutzungen zugebilligt hat, dispensiert demgemäß heute nicht vom verfassungsrechtlichen Gebot, den der Gemeinde zustehenden, wenngleich bisher nicht berücksichtigten Substanzwert im Fall einer Teilung zu berücksichtigen und gegebenenfalls schon vorher die Anteile neu festzustellen.

Die These des Verfassungsdienstes des Amtes der Tiroler Landesregierung, für eine verfassungskonforme Deutung der Ergebnisse der Regulierung sei kein Raum mehr, unterstellt der bloßen Regulierung einen überschießenden, die Verhältnisse für alle Zeiten grundlegend verändernden Sinn. Eine solche Deutung verbietet sich aber schon angesichts des die Ordnung der rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse beherrschenden öffentlichen Interesses, das seit jeher eine Änderung der Regulierung ermöglicht. Die bloße Übertragung des Eigentums an eine selbstständige juristische Person hindert eine solche Änderung nicht. Der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes verkehrt die Ablehnung der These, die Gemeinde habe ihr Eigentum nur als Treuhänder der Nutzungsberechtigten (als „Realgemeinde“) inne gehabt, geradezu ins Gegenteil, wenn er daraus ableitet, das nunmehrige Eigentum der Agrargemeinschaft verbiete es einen über die Nutzungsrechte hinausgehenden Anteil am Substanzwert der Gemeinde zuzuordnen. Dass dieser – großen Schwankungen unterliegende – Substanzwert aus welchen Gründen immer seinerzeit vernachlässigt worden ist, rechtfertigt nicht, ihn dauerhaft außer Betracht zu lassen.

Mit der verfehlten Prämisse, es handle sich bei den in Rede stehenden Liegenschaften nicht mehr um Gemeindegut, fallen auch die darauf aufbauenden weiteren Argumente der belangten Behörde und des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes.

Auch die Agrargemeinschaft M. sucht in ihren Stellungnahmen den Eindruck zu erwecken, die Rechtslage sei bis zur Aufhebung von Bestimmungen des TFLG durch das Erkenntnis VfSlg. 9336/1982 eine andere gewesen und diese infolge der Rechtskraft des Regulierungsplanes weiterhin wirksam. Da aber das Gemeindegut – wie dargelegt – auch nach dem Inhalt des Regulierungsplanes als solches weiter besteht, ist seit der Aufhebung der undifferenzierten Einbeziehung in das System der Reformgesetzgebung seine Eigenart zur Geltung zu bringen.

Das kann nach dem Gesagten auf Antrag der Gemeinde geschehen. Die Wirkungen der Regulierung dür-

fen nicht mehr vor dem Hintergrund einer verfehlten, unsachlichen und das Eigentumsgrundrecht verletzenden Rechtsansicht, sondern müssen anhand der verfassungskonform verstandenen Rechtslage beurteilt werden. Der Beschluss VfSlg. 17.779/2006, mit dem der Antrag der Beschwerde führenden Gemeinde auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zur Erhebung einer Beschwerde gegen die Bestellung des Gemeindevertreters für das damals eingeleitete Regulierungsverfahren abgewiesen wird, stellt nur klar, dass die Maßnahme der Eigentumsübertragung an die Agrargemeinschaft erkennbar und das Ergreifen von Rechtsbehelfen dagegen durch nichts gehindert war, sodass in dieser Frage Rechtskraft eingetreten ist. Davon geht der Verfassungsgerichtshof auch jetzt aus. Mit der Frage, wie sich die Stellung der Gemeinde innerhalb der Agrargemeinschaft gestaltet und wie sich eine Veränderung der Verhältnisse auf die Regulierung auswirkt, hatte er sich nicht zu beschäftigen. Sie ist nunmehr – wie dargelegt – vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlichen Lage zu beantworten.

4. Die Beschwerde rügt in der Sache selbst nur die Verletzung des Gleichheitssatzes. Sie scheut offenbar, eine Verletzung des Eigentumsrechtes geltend zu machen, weil die Gemeinde nicht mehr Eigentümerin der Liegenschaften ist. Der Verfassungsgerichtshof ist an die Rüge der Beschwerde insoweit nicht gebunden. Er sieht vielmehr auch das Eigentumsrecht als verletzt an.

Anders als die allgemein als öffentlich-rechtlich angesehenen, wenngleich aufgrund alter Übung nur bestimmten Gemeindegliedern zustehenden Nutzungsrechte ist der Anteil der Gemeinde an dem als agrargemeinschaftliches Grundstück regulierten Gemeindegut als Surrogat ihres ursprünglichen (durch die Regulierung beseitigten) Alleineigentums und somit auch in Gestalt des bloßen Anteils an der Agrargemeinschaft jedenfalls Eigentum im Sinn des Art. 5 StGG bzw. Art. 1 1. ZP EMRK. Denkmögliche Gesetzesanwendung stellt daher auch eine Eigentumsverletzung im Sinn dieser Verfassungsbestimmung dar. Als denkmögliche Gesetzesanwendung ist aber die anhaltende Verweigerung der Berücksichtigung des Substanzwertes bei Bemessung der Anteile zu werten. War nämlich die Entscheidung der Behörde in den Jahren 1962/63, das Eigentum der neugeschaffenen Agrargemeinschaft zuzuordnen, bei damals gegebener Sachlage vielleicht noch hinnehmbar, vernichtet die nunmehrige Weigerung, den Substanzwert zu berücksichtigen, das Vermögensrecht der Gemeinde. Das verstößt gegen das Eigentumsrecht.

III. Der Bescheid war daher wegen Verletzung der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte auf Unversehrtheit des Eigentums und auf Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz aufzuheben.

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR JUNI 2008 (vorläufiges Ergebnis)		
	Mai 2008 (endgültig)	Juni 2008 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	107,4	107,7
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	118,8	119,1
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	125,0	125,4
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	163,5	163,9
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	254,1	254,8
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	445,9	447,2
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	568,1	569,7
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	570,0	571,6
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat Juni 2008 beträgt 107,7 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Mai 2008 um 0,3% gestiegen (Mai 2008 gegenüber April 2008: +0,7%). Gegenüber Juni 2007 ergibt sich eine Steigerung um 3,9% (Mai 2008/2007: + 3,7%).</p>		

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.

MEDIENINHABER (VERLEGER):
 Amt der Tiroler Landesregierung,
 Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
 6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck